

Gemeinde Schaan I
Fuss- und Radweg wird gebaut

SCHAAN Die Gemeinde Schaan wird in den nächsten Wochen den Fuss- und Radweg zwischen den Strassen «Im Loch» und «Im Gamperdon» erstellen. «Damit kann für den Langsamverkehr ein wichtiger Lückenschluss vorgenommen werden», heisst es in der Medienmitteilung vom Donnerstag. (red/pd)

Gemeinde Schaan II
Glasfasernetz: Ausbauprozess soll unterstützt werden

SCHAAN Eine erstklassige Telekommunikationsinfrastruktur gilt heutzutage als durchaus entscheidender Standortvorteil. Dessen ist sich auch der Schaaner Gemeinderat bewusst: Er fragte bei den Liechtensteinischen Kraftwerken (LKW) auf Antrag der FBP nach, ob und wenn ja, wie die Gemeinde zu einem optimalen und möglichst raschen Ausbau des Glasfasernetzes in Schaan beitragen könne. Dies teilte die Gemeinde am Donnerstag mit. «Für die Gemeinde Schaan als einer der bedeutendsten regionalen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte und die grösste Wohngemeinde Liechtensteins ist es von grösster Bedeutung, im Netzausbau entsprechend berücksichtigt zu werden», heisst es weiter. Die LKW veranschlagten für den Ausbau des Glasfasernetzes einige Jahre. (red/pd)

Gemeinde Schaan III
Wasserleitungen werden erneuert und erweitert

SCHAAN Die Liechtensteinische Gasversorgung als Betreiber der Hackschnitzelheizung Resch und des Gasblockheizkraftwerks im SAL muss zur Effizienzsteigerung die beiden Anlagen über eine Zwischenstation verbinden. Die neue Verbindung erfolgt über die Duxgass. Die bestehende Wasserleitung in diesem Bereich stammt aus dem Jahr 1969. «Um die Versorgungssicherheit zu garantieren, wird die Gemeinde Schaan eine neue Wasserleitung erstellen», heisst es in der Medienmitteilung vom Donnerstag. Zudem würden der Deckbleg erneuert und die Trottoirs instand gestellt. Im Bereich der Bildgass werde zudem eine Trottoirüberfahrt erstellt, um die Sicherheit der Fussgänger zu verbessern. Die Liechtensteinischen Kraftwerke werden derweil, so heisst es weiter, die Gelegenheit nutzen und ihre Leitungen erneuern und erweitern. Wie viel die Gemeinde für diese Massnahmen berappen wird, blieb in der Presseaussendung ungenannt. (red/pd)

Gemeinde Schaan IV
Bodentausch mit Hilti vereinbart

SCHAAN Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre erfolgten im Gebiet «Undera Forst» grössere Grundstücksarrondierungsvorhaben. Ziel: Die Konsolidierung der Grundstücke der Gemeinde und jener der Hilti. Das Areal des vormaligen Werks II konnte damals noch nicht in die Arrondierungsvorhaben integriert werden; im vergangenen Jahr wurden jedoch die Verhandlungen diesbezüglich wieder aufgenommen werden, teilte die Gemeinde am Donnerstag mit. Es wurde demnach ein Tauschkonzept erarbeitet, das darauf abzielt, die Grundstücke der Hilti im Bereich des Hauptareals zu platzieren und die in diesem Bereich liegenden Gemeindegrundstücke neben jenen der Gemeinde im Bereich des Werks II zu platzieren. Damit erhalte die Gemeinde, heisst es abschliessend, ein grosses Potenzial für die künftige Entwicklung der Gewerbezone zwei in der Ecke Feldkircherstrasse-Industriestrasse an einer verkehrspolitisch sehr günstigen Lage. (red/pd)

Strategiewechsel: Das Land nimmt Abschied vom Schutzraumkonzept

Revision Die Bedrohungslage für Liechtenstein ist heute eine andere. Diesem Umstand soll durch eine Teilüberarbeitung des Bevölkerungsschutzes Rechnung getragen werden - vor allem Schutzräume seien nicht mehr zeitgemäss, findet die Regierung.

VON HANNES MATT

Eine Menge betroffener Personen - Vorsteher, Amtsleiter sowie Sicherheits- wie auch Zivilschutzvertreter - waren der Einladung des Innenministers gefolgt, der an der gestrigen Informationsveranstaltung die von der Regierung gewünschte Neuausrichtung im Bevölkerungsschutz vorstellte. Heute ist dieses Gesetz sehr detailliert ausgestaltet. Um aber schnell auf Gefährdungen und im Notfall reagieren zu können, sollte es entrümpelt und schlanker werden, findet Innenminister Thomas Zweifelhofer. Gefährdungen gibt es dabei genug - 28 verschiedene Szenarien um genau zu sein, so eine Analyse des Jahres 2012: Am wahrscheinlichsten sind Rheinhochwasser, ein Ausfall der Stromversorgung, ein Hackerangriff oder gar eine Viruspanemie. Um einer solchen Bedrohung professionell entgegenzutreten zu können, sollen die Führungsstrukturen angepasst werden, etwa an der Stelle der 11 Gemeindeführungsstäbe je eines für das Ober- und das Unterland geschaffen werden. Zudem werden dabei verschiedene Bestimmungen gestrafft, damit Details auf Verordnungsebene geregelt werden können - etwa was den Lawinendienst betrifft, der bisher gesetzlich geregelt war. Im Juni wird die Vorlage im Landtag behandelt.

Studie soll aufklären

Doch wie sieht es bezüglich eines Krieges aus und welchen Bedrohungen steht Liechtenstein bei einem bewaffneten Konflikt bevor? Um wissenschaftlich fundierte Daten zu erhalten, hat die Regierung deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, die vom Autor Christian Frommelt ebenfalls vorgestellt wurde: Sie besagt, ganz kurz zusammengefasst, dass innerstaatliche und asymmetrische Konflikte heute viel bedeutender für die internationale Sicherheitslage geworden sind - ein klassischer Militärangriff auf Liechtenstein oder die Schweiz, wie dort eine jüngere Studie bestätigt, gilt als höchst unwahrscheinlich. In Zeiten des Kalten Kriegs war das noch anders. Deshalb wurde in der Schweiz als Zivilschutzmassnahme Schutzräume erstellt, mit dem Ziel, dass jeder Eidgenosse darin Platz findet - etwa vor einem Bomben- oder Nuklearangriff. Dies wurde in der Eidgenossenschaft auch konsequent umgesetzt. In Liechten-



Öffentliche Schutzräume sollen abgebaut, dementsprechende Subventionen abgeschafft werden. (Fotos: VB)

stein gab es ebenfalls solche Bestrebungen. Diese wurden jedoch nur halbherzig vorangetrieben. So hat hierzulande heute knapp nur jeder Zweite einen Platz. In der Schweiz versucht man diese noch zu erhalten, man rechtfertigt sich mit den verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten, erklärt Frommelt. «Für Liechtenstein sind die Möglichkeiten vielfältig: Von der Weiterführung des Konzept mitsamt Ausbau, über Werterhaltung bis zur Stilllegung», zählt Christian Frommelt auf. «Doch ist der Erhalt auch wirklich sinnvoll, wenn die vorhandenen Schutzräume eh nur die Hälfte der Bevölkerung schützen kann?»

Geldmittel sinnvoller einsetzen

Die Antwort der Regierung wurde von Emanuel Banzer vom Amt für Bevölkerungsschutz präsentiert: Man habe «aus Liechtensteiner Sicht ja insgesamt nie ganz wirklich an das Schutzraumkonzept geglaubt» und auch ganz Europa habe sich von diesem System verabschiedet. Das Land wolle sich deshalb mit Bezug auf Frommelts Studie schrittweise von den Schutzräumen entfernen: «Die vorhandenen werden zwar weiter betrieben, aber nicht mehr erneuert respektive saniert. Das heisst, dass die Schutzräume im Land in den nächsten 20 Jahren sukzessive zurückgefahren werden.» Damit einher geht auch die Streichung von Subventionen bei Schutzräumen der Gemeinden und Privaten. Die Vorlage



Studienautor Christian Frommelt, Innenminister Thomas Zweifelhofer und Emanuel Banzer vom Amt für Bevölkerungsschutz.

«In Liechtenstein hat man ja nie ganz wirklich an Schutzräume geglaubt.»

EMANUEL BANZER
AMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

wird grundsätzlich von sämtlichen eingebundenen Stellen, wie Gemeinden, Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie der Verwaltung unterstützt. Kritik übte einzig Schellenberg: Der Vorschlag trifft diese Gemeinde auch besonders hart. Sie hatte sich in der Vergangenheit nämlich stark für den Bau von Schutzräumen eingesetzt und für ihre Bürger fast eine «100 Prozent-Platzquote» erreicht. Die dadurch gewonnenen Gelder sollen dem Bevölkerungsschutz nicht einfach wegfallen, sondern diesen zusätzlich stärken. Bei der Sicherheit darf nicht gespart werden, fasst Thomas Zweifelhofer zusammen: «Andere Szenarien sind für uns aber viel bedrohlicher und realer als etwa ein bewaffneter Konflikt - etwa die Gefahr eines Rheineinbruchs: Und ein solcher wäre ein volkswirtschaftlicher Totalausfall mit Milliarden Schaden.» Deshalb sei das bald startende Jahrhundertprojekt Damm- und Rheinwuhrensanierung eine solche Investition, für die die freigewordenen Gelder verwendet werden können. Es gelte, die begrenzten Mittel abzuwägen und zu hinterfragen, wo die Gelder am sinnvollsten eingesetzt werden. Und er ergänzt: «Der Zivilschutz ist natürlich keine aussterbende Art, es gibt für die Zukunft jede Menge neuer Herausforderungen. Dafür ist auch weiterhin Geld da.»

Die Studie kann unter www.regierung.li/studie heruntergeladen werden

Kommentar
«Krieg bleibt nicht immer gleich»



HANNES MATT

Schutzräume: Das kennen jüngere Generationen meist nur noch aus Computerspielen - etwa bei der vierteiligen «Fallout»-Serie mit postapokalyptischem Hintergrund. Den nuklearen Weltkrieg hat dabei nur unbeschadet überlebt, wer Platz in einem der wenigen Bunker gefunden hat - eine Horrorgeschichte. Das Spiel beginnt jeweils mit dem traurig gesprochenen Satz «Krieg bleibt immer gleich». Im realen Leben bleiben Krieg und bewaffnete Konflikte aber nicht immer gleich. Sie verändern sich, wie die Studie von Christian Frommelt und auch ein Blick in die Geschichte klarmacht. Ein klassischer Weltkrieg, Konflikt zwischen zwei gleichwertigen Mächten oder Nationen um Territorium ist gerade in Europa höchst unwahrscheinlich geworden. Dafür wurden die Schutzräume aber konzipiert. Machen sie also noch wirklich Sinn - oder sind sie nur noch ein «Kalter Krieger» aus der Vergangenheit?

hmatt@volksblatt.li

EWR- und EU-Parlamentarier diskutierten in Vaduz

Debatten Die 46. Konferenz des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees fand am Donnerstag auf Einladung des Landtags in Vaduz statt.

Teilnehmer der Tagung waren Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein sowie Abgeordnete des Europäischen Parlaments, teilte der liechtensteinische Parlamentsdienst am Donnerstag mit. Der Landtag war an der Konferenz demnach durch die Abgeordneten Elfried Hasler als De-

legationsleiter, Harry Quaderer und Eugen Nägele sowie den stellvertretenden Abgeordneten Manfred Kaufmann vertreten. An der Konferenz wurden, so heisst es weiter, gemeinsame Themen der EWR/EFTA- und EU-Staaten diskutiert. Dabei standen die allgemeinen Entwicklungen und das Funktionieren des EWR-Abkommens im Mittelpunkt. Als weitere Themen wurden die Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen, der aktuelle Stand bezüglich der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, die kollaborative Wirtschaft sowie die Migrationssituation in Europa diskutiert. Die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick infor-

«Das Komitee trägt zu einem besseren Verständnis zwischen der europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten bei.»

PARLAMENTSDIENST



Die Teilnehmer der Konferenz im Landtagssaal. (Foto: ZVG)

mierte überdies als EFTA-seitige Vorsitzende des EWR-Rats das Komitee über die neuesten Entwicklungen im EWR-Abkommen seit dem letzten Treffen im November 2015. Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz besitzt in diesem Gremium Beob-

achterstatus. Das Komitee ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase am EU-Rechtssetzungsprozess mitwirken. «Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten bei», betont der Parlamentsdienst. Das Komitee tritt in der Regel zwei Mal im Jahr zusammen. (red/pd)